

**28.5.2021**

**Nach „Impfgipfel“: HRK-Präsident fordert gezielte Impfangebote für Studierende**

Die Ergebnisse des gestrigen „Impfgipfels“ von Bundeskanzlerin und Ministerpräsidentinnen und -präsidenten kommentierte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Dr. Peter-André Alt, soeben in Berlin:

„Die Perspektiven für den Fortgang der Corona-Impfungen in Deutschland scheinen insgesamt positiv. Die bundesweite Aufhebung der Priorisierung ab der übernächsten Woche steht dafür. Diese muss nun aber verbunden werden mit einer organisatorischen Unterstützung für die besondere Gruppe der Studierenden.

Es geht um die beinahe drei Millionen Studierenden, die sich nun bereits seit drei Semestern in einem Ausnahmezustand befinden, weitgehend ohne Präsenzveranstaltungen, mit sehr eingeschränktem Kontakt zu Kommilitonen, ohne den so notwendigen lebendigen persönlichen Austausch im akademischen Betrieb. So erfolgreich die weitgehende Umstellung auf digitale Angebote ist, so belastend ist die nun schon so lange andauernde Konzentration auf diese Art des Studiums für Studierende wie Lehrende.

Hochschullehre vollzieht sich nicht in Klassenverbänden, sondern in wechselnden Konstellationen und mit oft hoher Mobilität zwischen Standorten. Die Hochschulen können daher nur mit einer entsprechend hohen Impfquote bei Studierenden und Lehrenden in den Regelbetrieb zurückkehren; allein durch Testungen ist dies nicht machbar.

Daher ist es dringend erforderlich, dass die Studierenden bei der Impfkampagne besonders unterstützt werden. Denn ein flächendeckendes Impfangebot erst bis Ende September bedeutet, dass eine Immunisierung einer ausreichend großen Zahl von Studierenden für das kommende Wintersemester nicht gewährleistet wäre. Die Offenhaltung von Impfzentren besonders für Studierende, die Einbindung der Hochschulen und insbesondere der Universitätsmedizin in die Impfkampagne für die Studierenden und die Nutzung der hochschulischen Betriebsärzte auch für Studierende könnten Lösungsansätze sein.

Die Länder sollten sich nun mit Unterstützung des Bundes unverzüglich mit ihren Hochschulen über entsprechende Maßnahmen und die notwendigen Ressourcen verständigen.“